



Presseinformation

Nr. 029/2009

Kiel, Donnerstag, 29. Januar 2009

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Berufliche Bildung

Ekkehard Klug: Berufliche Bildung entscheidet über Chancen zur Teilhabe am Erwerbsleben

In der Landtagsdebatte zu **TOP 22 und 26** (Berufliche Bildung) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Die berufliche Bildung ist in den meisten Fällen ausschlaggebend dafür, welche Chancen junge Menschen zur Teilhabe am Erwerbsleben erhalten. Zuletzt hat der Landtag vor eineinhalb Jahren ausführlich über bildungspolitische Fragen und Herausforderungen debattiert, die sich im Zusammenhang mit den jüngsten Entwicklungen im Bereich der Berufsbildung ergeben. Ausgangspunkt war dabei die Antwort der Landesregierung auf die von der FDP-Fraktion gestellte Große Anfrage zum Thema „Situation und Perspektiven der Beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein“. In Teilen wird diese Diskussion auch in den vorliegenden Entschließungsanträgen von CDU & SPD sowie der GRÜNEN wieder aufgegriffen. Aus unserer Sicht bleiben dabei jedoch eine Reihe von Punkten offen bzw. sind derart unklar formuliert. Eine Überweisung der Anträge an den Bildungsausschuss ist daher unseres Erachtens unerlässlich.“

Was ist zum Beispiel politisch gewollt, wenn die Regierungsfractionen beantragen, die Landesregierung möge sich „auf Bundesebene für eine Vereinheitlichung der Abschlüsse zum Meister und zum Bachelor Professional“ einsetzen? In Sachen „Bachelor Professional“ gibt es bekanntlich eine grundlegende Meinungsverschiedenheit, zu der die Antragsteller keine klare und nachvollziehbar begründete Position beziehen. Die Wirtschaftsministerkonferenz und die Kultusministerkonferenz haben dazu diametral entgegengesetzte Standpunkte bezogen, und auch unter den Verbänden der Wirtschaft gibt es extrem unterschiedliche Auffassungen. Der Zentralverband des deutschen Handwerks möchte die Bezeichnung „Bachelor Professional“ quasi als „Übersetzungshilfe“ hochwertigen berufsbildenden Abschlüssen zuordnen, und ähnlich sehen es auch die Industrie- und Handelskammern, die über ihre Weiterbildungsinstitute gerne diesen Titel mit Fortbildungszertifikaten zum Fachwirt (IHK) hinzufügen möchten. Hochschulrektorenkonferenz, Wissenschaftsrat, DGB und Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände stehen dieser Verwendung des

Wolfgang Kubicki, MdL

Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

Bachelor-Titels eher skeptisch oder sogar entschieden ablehnend gegenüber. Kernpunkt der Kritik ist, dass dadurch die Akzeptanz des akademischen Bachelor-Grades als neuer berufsqualifizierender Hochschulabschluss in Frage gestellt wird. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt stellte fest: „Unternehmen werden endgültig die Übersicht verlieren. Ein „Bachelor Professional“ wertet die Berufsbildung nicht auf, sondern sorgt dafür, dass „Bachelor“ nichts mehr aussagt.“

Der Vorsitzende des Wissenschaftsrats erklärte zudem: „Da im europäischen Ausland solche Bachelor-Abschlüsse in der beruflichen Bildung unbekannt sind, wird auch das Ziel der internationalen Mobilität und Vergleichbarkeit nicht erreicht. Darum kann man ebenso gut die bisherigen Bezeichnungen ‚Meister‘ oder ‚Fachwirt‘ beibehalten.“

Die FDP-Landtagsfraktion sieht hier noch erheblichen Klärungsbedarf und teilt die Einwände gegen eine inflationäre Verwendung der Abschlussbezeichnung „Bachelor“.

Ein zweiter Punkt: Nach unserer Auffassung fehlt im Entschließungsantrag der Regierungsfractionen eine Aussage dazu, dass die Zusammenhang der berufsbildenden Schulen und der allgemeinbildenden Schulen - insbesondere Haupt- und Realschulen, Regional- und Gemeinschaftsschulen sowie der Förderschulen - im Rahmen der Berufsvorbereitung verbessert werden sollte. Die bislang gewählten Ansätze zur besseren Verzahnung von Schule und Arbeitswelt (im Antrag unter Abschnitt III angesprochen) sind unseres Erachtens noch keine optimale Lösung. Dies betrifft insbesondere den neuen Bildungsgang der „Berufseingangsklassen“ (BEK). Die Berufsschulen erteilen dabei 7 Stunden Unterricht an einem Tag - wie bisher in den Kursen für Jugendliche ohne Ausbildung (JoA). Von anderen Trägern werden den jungen Menschen an anderen Tagen im Rahmen des Handlungskonzeptes „Schule und Arbeitswelt“ unseres Erachtens nicht immer zielführende Beschäftigungen angeboten. In jedem Falle wäre eine Evaluierung dieses neuen Bildungsangebots (BEK) mindestens ebenso wie die der vollzeitschulischen Berufsbildungsgänge - worauf sich der Antrag der Koalitionsfraktionen unter II bezieht.

In jedem Falle wäre es dringend notwendig, die Probleme, die sich bei einem Teil der Jugendlichen heute für den Übergang ins Berufsleben ergeben, schon *frühzeitiger* als bisher so weit wie möglich auszuräumen, und dazu bedarf es - wie ich vorhin ausgeführt habe - einer entsprechend verbesserten Kooperation zwischen den Berufsschulen einerseits und allgemeinbildenden Schulen andererseits. Hierfür sind auch entsprechende Personalressourcen bereitzustellen, denn sonst ließe sich diese Zusammenarbeit nicht in dem erforderlichen Umfang verwirklichen“.